Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Reinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunden der Schriftleitung von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Reinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 150 | Dresden, Freitag den 2. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Teuerung und Selbsthilfe

Es vergeht fast kaum ein Tag, an dem nicht aus irgend einer Stadt Nachrichten über Unruhen eintreffen, die durch die schwere Teuerung veranlaßt wurden. Unter der Teuerung leiden wir schon seit Jahr und Tag, aber jetzt muß die Bevölkerung sehen, daß überall in Feld und Flur uns eine reichliche Ernte heranwächst und trotzdem werden für alle Nahrungsmittel unerhört hohe Preise verlangt. Dazu kommt, daß jetzt infolge der schlechten Konjunktur die Arbeiter kaum mehr den Versuch machen können, sich für die Teuerung durch neue Lohnerhöhungen zu entschädigen. So ist es kein Wunder, daß häufig den Massen der Geduldsfaden reißt und sich die Wut gegen die Verkäufer der teuern Waren richtet, und dabei wird natürlich auch auf die Regierung geschimpft, weil sie gegen die hohen Nahrungsmittelpreise nicht entschieden genug einschreite.

Der deutsche Bürger, dem noch nur allzusehr der alte Untertanenverstand des halbabsolutistischen Polizeistaates in den Gliedern steckt, ist nur zu leicht geneigt, von dem Staate zu verlangen, daß er ihm Hilfe in allen Nöten bringe. Unsre Bevölkerung bildet sich immer noch ein, daß eine hohe Obrigkeit imstande sein müßte, alle Uebel dieser Welt zu beseitigen.

Wir sind gewiß von dem Verdacht frei, Anhänger des alten Manchesterliberalismus zu sein, der auf dem Standpunkt stand: Laßt alles gehen, und jeden Eingriff des Staates ins Wirtschaftsleben scharf verurteilte. Jeder Sozialist wird fordern, daß die öffentlichen Körperschaften dort in das Wirtschaftsleben eingreifen, wo das den Interessen der Volksmassen dienlich ist. Aber man muß sich vor dem Aberglauben hüten, daß die öffentliche Gewalt ein für alle Fälle leicht anzuwendendes Rezept besitzt, um uns von unsrer Teuerungsnot zu kurieren. Die Frage, ob überhaupt ein Einschreiten der Behörden gegen hohe Preise einen Nutzen verspricht und wie dieses Eingreifen des Staates beschaffen sein muß, ist vielmehr beinahe für jede einzelne Ware anders zu beantworten.

Die Preise eines Teiles unsrer Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände sind abhängig von den Weltmarktpreisen, teils weil alle von uns gebrauchten Waren der betreffenden Art aus dem Ausland kommen, teils weil die inländische Erzeugung nur einen Teil des Bedarfs deckt. Da bei freiem Verkehr ein Unterschied der Preise zwischen Inlands- und Auslandswaren nicht möglich ist, so müssen die Inlandswaren auch auf den Preis der Auslandswaren steigen. Hier haben die öffentlichen Körperschaften fast gar keine Möglichkeit, auf die Preise einzuwirken, wenn sie nicht etwa die Zwangswirtschaft wieder einführen und eventuell zu den Preisen der aus dem Ausland eingeführten Waren Zuschüsse leisten wollen. Die Preise für Erzeugnisse, die das Weltmarktniveau erreicht haben, sind ja in den letzten Wochen auch nicht gestiegen. Sie sind im Gegenteil infolge der Besserung unsrer Valuta gefallen, wenn sich leider diese Preissenkung auch nur zu langsam im Kleinhandel durchsetzt.

Wieder anders liegen die Dinge bei den rationierten Lebensmitteln. Hier haben wir zwar amtlich festgesetzte Preise. Diese Preise aber, und vor allem die des Brotgetreides, stehen noch weit unter dem Weltmarktpreis. Man muß sich hier vor dem Glauben hüten, daß der Staat die Preise einfach so festsetzen könnte, wie es ihm im Interesse der Verbraucher wünschenswert erscheint. Der Staat kann bei rationierten Waren wohl verhüten, daß unverschämter Wucher getrieben wird, er kann aber nicht die Preise beliebig herabdrücken, weil er mit den Produktionskosten der Waren rechnen muß. Die Preise für unsre Feldfrüchte müssen so angesetzt werden, daß für den Landwirt die reichliche Verwendung von Dünger rentabel ist. Gelingt es nicht, unsre Landwirte zu reichlicher Düngerverwendung zu veranlassen, so müssen wir auch weiterhin große Mengen Getreide aus dem Ausland einführen, und den Schaden hat bei den teueren Auslandspreisen der Verbraucher zu tragen. Eine Senkung der Preise durch Reichszuschüsse ist bei dem Finanzelend des Reiches doch nur in sehr beschränktem Maße möglich.

Bei einer dritten Gruppe von Waren ist weder eine Rationierung vorhanden, noch sind die Weltmarktpreise für die Preisgestaltung ausschlaggebend. So zum Beispiel bei frischem Obst und bei jungem Gemüse. Gerade die Preise dieser Waren haben häufig die Teuerungskrawalle hervorgerufen. Zweifellos wird auch gerade hier ein ganz unverschämter Wucher getrieben. Daß so hohe Preise für diese Waren gefordert werden, empört die Bevölkerung mit Recht, um so mehr, als jedermann weiß, daß die Unkosten des Erzeugers und Händlers nicht entfernt in dem Maße gestiegen sein können wie die Preise dieser Erzeugnisse. Der Kirschbaum, von dem die Kirschen stammen, war ja schon vor dem Kriege da. Also berechtigt werden, wäre hier ein staatliches Vorgehen gegen die hohen Preise.

Aber leider ist es damit nicht getan, daß die Berechtigung eines Eingreifens der öffentlichen Gewalt anerkannt wird, sondern es kommt darauf an, daß Maßnahmen möglich sind, die auch wirklich der Bevölkerung nutzen, und gerade beim Obst haben die Erfahrungen der Kriegszeit gelehrt, daß der Staat hier Produzenten und Händlern gegenüber nahezu ohnmächtig ist. Als Höchstpreise für die Kirschen festgesetzt wurden, kam kaum eine Kirsche mehr auf den Markt, und die Kirschen wurden von den Verbrauchern den Pächtern und Händlern hintenherum zu hohen Preisen weggeholt. Eine Beschlagnahme der Ernte ist aber auch kaum möglich, denn einmal besteht dabei die Gefahr, daß ein großer Teil der angesammelten Vorräte verdirbt und außerdem kann man nicht unter jeden Kirschbaum einen Wachtposten stellen, der aufpaßt, daß der Besitzer oder der Pächter nicht etwa bei Nacht und Nebel die Kirschen wegholt. Erstens hat man selbstverständlich die nötigen Menschen für diesen Zweck nicht zur Verfügung, und zweitens würde wahrscheinlich ein großer Teil der Wächter die Augen zu und den Mund recht weit aufmachen und sich an der Kirschenernte sehr ausgiebig beteiligen. Die Verbraucher aber würden auf diesem Wege keine billigen Kirschen bekommen.

Helfen können sich hier nur die Verbraucher selbst. Freilich darf die Selbsthilfe nicht die Form annehmen, die sie in manchen Orten angenommen hat. Was dabei herauskommt, haben wir ja gesehen. Es ist nicht nur zu Plünderungen und Zerstörungen gekommen, sondern es haben dabei auch Menschen ihr Leben lassen müssen. Aber das Publikum müßte sich weigern, die hohen Preise zu zahlen. An allen Orten müßten durch Behörden Preisprüfungsstellen oder Verbrauchervertreter bekanntgegeben werden, welcher Preis unter den gegenwärtigen Verhältnissen als angemessen anzusehen ist. Ist dann niemand mehr bereit, mehr als diesen Preis zu geben, so werden sich Produzenten und Händler fügen müssen. Liebt aber das Publikum keine Solidarität, dann kann keine Macht der Welt helfen, und es nutzt gar nichts, wenn man auf die Regierung und auf die Behörden schimpft, weil diese nicht imstande sind, die Preise niedrig zu halten. Wir müssen uns schon an den Gedanken gewöhnen, daß eben Staat, Regierung und Behörden nicht allmächtig sind.

•

Obstkrawalle im Ruhrgebiet

Eigene Drahtmeldung

Essen, 2. Juli. In mehreren Städten des Ruhrgebiets kam es auf den Wochenmärkten zu Obstkrawallen. Scharen von Arbeitern zwangen überall die Verkäufer, die Kirschen und andre Obstsorten zu von ihnen festgesetzten, meist um die Hälfte herabgesetzten Preisen zu verkaufen.

•

Hamburg, 1. Juli. Nach amtlicher Feststellung sind bei den Lebensmittelunruhen am 26. Juni vier Personen getötet und zehn verwundet worden.

Einheitsfront der Alliierten in Spa?

Berlin, 2. Juli. Das Berliner Tageblatt verzeichnet unter Vorbehalt die folgende ihm aus Paris über Basel zugehende Meldung: Es steht nunmehr fest, daß die Alliierten sich auf Beschluß der englisch-französischen Sachverständigen einigen werden. Es hat ein offiziöser Gedankenaustausch mit den Vereinigten Staaten stattgefunden, der die amerikanische Zustimmung sichert. Es scheint aber, daß die Alliierten in Spa nicht nur eine Einheitsfront werden bieten können, sondern daß sie auch so klare Bedingungen vorschreiben werden, daß Deutschland gezwungen sein wird, sie anzunehmen.

Indes meldet Chikago Tribune, daß eine radikale Durchsicht des Vertrages sehr wahrscheinlich als erste Maßnahme in Spa geprüft werden wird. Die Engländer haben die Absicht angekündigt, den Vertrag elastischer zu gestalten, die Italiener äußern sich in demselben Sinne und die amerikanische öffentliche Meinung, so sagt das Blatt, ist ebenfalls für eine Abänderung gewisser Bestimmungen des Vertrages.

•

Spa und Versailles

Amsterdam, 1. Juli. Der Telegraaf meldet aus Paris: In gut unterrichteten Kreisen teilt man mit, daß auf der Brüsseler Zusammenkunft in jedem Fall vollkommene Uebereinstimmung über die Verteilung der deutschen Entschädigungssumme erzielt werden wird. Was die Frage der Bürgschaften anbetrifft, so sind dabei zwei Dinge zu unterscheiden: Alles, was durch den Vertrag von Versailles festgelegt worden ist, insbesondere die Abrüstung, wird durchgeführt, und es kann sehr wohl sein, daß dafür Bürgschaften gefordert werden. Was aber den finanziellen Teil des Vertrages anbetrifft, so ist es damit etwas ganz andres. Man kann nicht in Abrede stellen, daß man es mit einer völligen Aenderung des Vertrages und mit einer ganz neuen Feststellung zu tun haben wird, und es kann für die Alliierten keine Rede davon sein, ihren Willen durchzusetzen, weil es dabei nicht nur von Bedeutung ist, was Deutschland bezahlen soll, sondern auch, was es bezahlen kann. Sicher wird jetzt in Spa nichts andres geschehen, als daß man den Deutschen die Forderungen überreicht und ihre Gegenvorschläge in Empfang nimmt, wenn sie diese aufgestellt haben. Die beiderseitigen Vorschläge werden wahrscheinlich sehr weit auseinanderlaufen. Alsdann werden alle Teilnehmer der Konferenz wahrscheinlich in ihre Länder zurückkehren, nachdem vorher eine neue Zusammenkunft festgesetzt sein wird, die vermutlich wieder in Spa kurze Zeit nach Schluß der ersten stattfinden wird.

•

Paris, 1. Juli. Echo de Paris gibt der Ansicht Ausdruck, daß das Programm für die Konferenz von Spa sich erweitert habe. Lloyd George hat die Generale in Berlin und Ostpreußen berufen. Es muß daraus geschlossen werden, daß nicht nur die Entschädigungen Deutschlands, sondern auch das Schicksal der Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, sowie auch das Schicksal gewisser von Deutschland abgetrennter Gebiete, z. B. Danzig, in die Debatte hineingezogen werden sollen.

Die deutsche Delegation

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 1. Juli. Aus den Kreisen der für Spa bestimmten Delegierten und Sachverständigen verlautet, daß die Delegation insgesamt etwa 50 Köpfe zählen wird. Sie setzt sich zusammen aus Verhandlungsführern, Sachverständigen, Sekretären und Pressevertretern. Die Konferenz von Spa wird nicht ihrer äußern Form nach eine große historische und feierliche Staatsaktion darstellen, wie die Friedensunterzeichnung von Versailles, sondern vielmehr die Form einer nüchternen Geschäftskonferenz wahren. Es kann keine Rede davon sein, daß von seiten der deutschen Verhandlungsführer ein fertig ausgearbeitetes Entschädigungsprogramm, ein festabgegrenzter deutscher Gegenvorschlag gemacht werden kann. Die deutschen Vertreter wollen nach einem kurzen Austausch der beiderseitigen Grundanschauungen zunächst ihr Ziffernmaterial, das den unmöglichen Anforderungen des Friedensvertrages die in Deutschland gegebenen wirtschaftlichen Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten entgegenstellt, vorlegen. Aus diesem Material werden sich gewisse Folgerungen ergeben. Gelingt es, sie gegenseitig zu bestimmen, das Material und die Forderungen in Erwägung zu ziehen, so werden die Beratungen von selbst eine kommissionelle Erweiterung erfahren müssen. Dann würden auch von deutscher Seite neue Sachverständige nach Spa berufen werden, während gewisse Materien der Verhandlungen vielleicht kurz abgezweigt würden, wie z. B. die Finanzfragen, die ja auch nach Absicht der Entente nachher in Brüssel einer besonderen Beratung unterzogen werden sollen.

Ein falscher Hauptmann

Eigene Drahtmeldung

Essen, 2. Juli. In Essen ist, wie wir schon meldeten, der angebliche Hauptmann Mudra, der Leiter des dortigen Flüchtlingslagers, verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Die Untersuchung ergibt, daß der angebliche Hauptmann Mudra im Kriege nur einfacher Soldat war und es schließlich bis zum Unteroffizier gebracht hat. Mudra war nicht nur Leiter des Flüchtlingslagers, in dem 5000 Personen Unterkunft fanden, sondern er war auch von der Reichsregierung zum Reichskommissar für das gesamte Flüchtlingswesen in Deutschland ernannt worden und verfügte über entsprechende Ausweispapiere. Auf Grund dieser Stellung verfügte er über große Massen von Warenbeständen aller Art, die seiner Verwaltung unterstanden. Mudra hat das ihm übertragene Amt zu Millionenschiebungen, Unterschlagungen und Betrügereien mißbraucht und hat Riesenbeträge auf die Seite gebracht. Die Staatsanwaltschaft ist mit der Untersuchung dieser noch recht dunklen Angelegenheit, an der eine Reihe andrer Personen beteiligt sein müssen, beschäftigt.

Dampferdienst Neuyork—Deutschland

Eigene Drahtmeldung

Köln, 2. Juli. Wie der Neuyorker Korrespondent der Kölnischen Zeitung meldet, wird die amerikanische Postdampfergesellschaft noch vor Ende des Sommers einen regelmäßigen Dampferdienst zwischen Neuyork und Bremen sowie Danzig eröffnen. Der Dienst wird mit 9 größeren deutschen Dampfern, die früher unter deutscher Flagge fuhren, eröffnet.

Berlin, 1. Juli. Ausschreitungen in den Markthallen. Es wurden einige Stände demoliert und Obst auf der Straße zertreten. Die Sicherheitspolizei stellte die Ordnung wieder her.

Braunschweig, 1. Juli. Um Teuerungskrawallen vorzubeugen, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuß eingesetzt, der die Preise für Lebensmittel, Bekleidung und Schuhwaren prüfen und in erträglicher Höhe festsetzen soll.

•

Ausschreitungen und Boykotte

Worms, 1. Juli. Gestern nachmittag und abends fanden hier Straßenkundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Einige hundert Arbeiter mit roten Fahnen versammelten sich auf dem Marktplatz und marschierten vor das Gewerkschaftshaus, wo Ausschreitungen stattfanden. Sämtliche Läden und Geschäfte waren geschlossen. Vom Gewerkschaftshause begaben sich die Demonstranten zur Handelskammer, wo der Geschäftswelt ein befristetes Ultimatum überreicht wurde. Abends zog eine Menge nach der Mittelstadt, schlug Schaufenster ein und plünderte die Auslagen. Es ist mehrfach zu Schlägereien und wüsten Szenen gekommen, so daß die Polizei öfter mit der blanken Waffe vorgehen mußte. Der Schaden dürfte etwa zwei bis drei Millionen betragen. Um Mitternacht griffen französische Patrouillen ein und blieben bis zum Morgen in Bereitschaft. Die Läden blieben auch heute noch geschlossen.

Köln, 2. Juli. Die Bauernschaft scheint den Kampf gegen die Städte aufnehmen zu wollen, die die Obsterzeuger wegen wucherischer Ausbeutung des Publikums zur Anzeige brachten. Der Bund der Landwirte hat eine Anzahl Protestschreiben an die behördlichen Stellen gesandt, die in einer überaus stark besuchten Versammlung im rheinischen Orte Merten zur Verlesung kamen. Der Kölner Markt soll boykottiert werden. Man fordert die Bauernschaft auf, ihre Erzeugnisse nach andern oberrheinischen Orten zu bringen und sich gegen die öffentliche Gewalt aufzulehnen, falls die Staatsanwaltschaft auf den Märkten eingreifen sollte.

Würzburg, 2. Juli. Gestern wurde der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Acht Rädelsführer bei den Unruhen, die hauptsächlich das Plündern von Läden verursachten, wurden verhaftet und werden wegen Landfriedensbruchs verurteilt werden.

•

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200702/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG